

*Peter Hilger: Aufbruch in die Bedeutungslosigkeit? Zur Marginalisierung der Oppositionsgruppen in der DDR im Jahr der "Wende". 120 S., Offizin Verlag, Hannover. Erstausgabe 1995.*

Peter Hilger geht in seiner Arbeit der Frage nach, welchen Ursachen die Marginalisierung der neuen politischen Bewegungen des Herbstes 1989 in der DDR geschuldet ist, die schon unmittelbar in und nach dem Umbruch des Jahres 1990 einsetzte. Die Analyse Peter Hilgers ist zugleich ein sehr komprimierter Abriss der Vorgeschichte dieser Bewegungen aus dem alternativen Basisgruppenmilieu, ihres Agierens während der "Wende" und der politischen Randbedingungen im Kontext der sich entfaltenden Systemkrise in der DDR. Schon damit hebt er sich wohltuend von vielen in diesem Sinne "kontextfreien", erfolgspolitisch bewertenden oder auf die organisationsgeschichtliche Seite des Problems fixierten Arbeiten zu diesem Thema ab.

Hilger konstatiert in seiner ersten resümierenden These eine langandauernde, unpolitische und ideologieinvariante Loyalität der Bevölkerungsmehrheit zur DDR, die in den durch soziale Sicherheit, begrenzten Wohlstand und übersichtlichen sozialen Aufstiegschancen charakterisierten Lebensbedingungen wurzelte (S. 105). Diese passive Loyalität führte jedoch trotz des permanenten Überpolitisierungsdrucks und des umfassenden Organisationsmonopols der Herrschenden nur bei einer Minderheit auch zu einer aktiven politischen Identifikation mit diesen Verhältnissen. Mehrheitlich dominierte der Rückzug in private Nischen oder die flexible Anpassung. Als durch die wirtschaftliche und politische Stagnation auch die loyalitätsbildenden sozialen Standards gefährdet wurden und mit abnehmendem Repressionsdruck in den achtziger Jahren die systemimmanenten Beschränkungen nicht nur stärker erfahrbar, sondern in Grenzen sogar artikulierbar wurden, brach schließlich auch das stabilisierende Loyalitätskorsett weg und das Herrschaftssystem zusammen.

Selbst in dieser knappen Form bleibt Hilger mit seiner Sicht auf die Verhältnisse vielen seiner Kollegen überlegen, die sich nur darauf berufen, daß die Herrschenden in der DDR in der Bevölkerung niemals Akzeptanz gewin-

nen konnten, und auf diese Weise den Zusammenbruch der DDR unmittelbar zu erklären vermeinen. Ebenso distanziert er sich mit Recht von der verbreiteten ökonomistischen Deutung dieses Zusammenbruchs mit dem Hinweis darauf, daß letztlich weltpolitische Konstellationen über das Fortbestehen wirtschaftlich und finanziell "bankrotter" Staaten (von denen die DDR nur einer unter vielen war) entscheiden (S. 9).

Hilgers berechnete implizite Referenz an die bis in die achtziger Jahre hinein in der DDR funktionierenden Herrschaftstechniken dehnt er aber auch auf seine Bewertung der alternativen und informellen Gruppen aus, denen er in seiner zweiten These zunächst systemstabilisierende Funktionen (als das System nicht herausfordernde und daher von den Herrschenden tolerierbare Auffangbecken für Unruhepotentiale) zuerkennt und erst langfristig oppositionelle Potenz auszumachen vermag (S. 105). Diese Einschätzung ist problematisch und ihre Kritik muß bereits am von Hilger benutzten Kategoriensystem beginnen. Dafür ist die Analyse des spezifischen Prozesses einer "Politisierung" der Gruppen im Gefüge der unabhängigen Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsbewegung in den achtziger Jahren ein brauchbarer Schlüssel. Dies ist aber weiterhin ein Forschungsdesiderat, zu dessen Bearbeitung leider auch Hilgers Arbeit wenig beiträgt, obwohl der Schwerpunkt seiner Analysen erklärtermaßen auf dem Prozeß der Konstitution und Entfaltung der Oppositionsbewegung vor dem Hintergrund ihrer ursprünglichen Ziele liegt. Dabei verweist er zu treffend darauf, daß hier der soziale Erfahrungshintergrund und das Zustandekommen des Politikbegriffs der neuen Gruppen entscheidend sind. Hilger betont zu Recht, daß der Umbruch in der DDR kein Produkt der Opposition war, sondern daß letztere durch die Massenproteste und die Ausreisewelle zum politischen Akteur wurde, der die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu bündeln vermochte (S. 10, 106). Bevölkerung und Opposition waren einig in ihrer Ablehnung des Regimes, ohne daß die oppositionellen Akteure ihre Ziele trotz der gemeinsamen Protestparolen der frühen Demonstrationen ("Wir sind das Volk", "Neues Forum zulassen") wirklich in der Bevölkerung aufgehoben sehen konnten. Diese Ziele der Opposition, entwickelt in der Zeit des Booms informeller Gruppen vor dem Herbst 1989, waren, so Hilger, im Jahre 1990 tatsächlich nicht konsensfähig. "Die

Konfliktfähigkeit der Gesellschaft reichte zu einem Prozeß der unsicheren Neukonstitution nicht aus" (S. 106). Dieser vierten These Hilgers kann vor allem aus retrospektiver Sicht kaum widersprochen werden, obwohl er selbst die überaus interessanten Einflußfaktoren für die politische "Entmachtung" des "dritten Wegs" jenseits von Politbürokratismus und Kapitalismus, der auch in der Bevölkerung nicht einfach bloß eine Minderheitenposition war, liefert. Neben den externen weltpolitischen Faktoren, der Politik der bundesdeutschen Parteien und Regierung und dem Agieren der Modrow-Regierung sowie der westdeutschen Medien, spricht Hilger in seiner fünften These von der "machtpolitischen Selbstblockade der Opposition", welche von der Bevölkerung als mangelnde Durchsetzungsfähigkeit bei den Wahlen im März 1990 quittiert wurde. Trotz Hilgers zutreffendem Befund vom Scheitern des Versuchs der Opposition, in der Bevölkerung für diskurs- und konsensorientierte Politikmodelle einer zivilen Gesellschaft in der DDR (als Alternative zur machtorientierten parteiförmigen Durchsetzung von Interessen) zu werben, spricht er in seiner sechsten These nicht von einem "Urteil der Geschichte" über solche Konzepte. Tatsächlich sind nach wie vor alternative Politikansätze zur Konfliktregulierung für künftige zivile Gesellschaften jenseits der konventionellen hierarchischen Staatssteuerung, der parteiförmigen Machtpolitik und dem Lobbyismus mächtiger Interessengruppen in der Diskussion.

In der von Hilger entwickelten Geographie "voroppositioneller Formen der Systemdistanz" (S. 26 ff.) kommt der Begriff "Widerstand" nicht vor, was zunächst einmal bei der Betrachtung der Verhältnisse in diktatorischen Regimes erstaunen läßt. Dies ist seiner schon eingangs erwähnten problematischen begrifflichen Gesamtperspektive geschuldet. Bereits in der hochstalinistischen SBZ/DDR gab es nicht nur Opposition (wie Hilger auch zugesteht, S. 28), sondern auch konsequenten und mit den in einer Diktatur unverzichtbaren Methoden der Konspiration verbundenen Widerstand, welcher ebenso auf Öffentlichkeit zielte, wie die Praxis offen auftretender und ebenfalls kriminalisierter Opposition.

Die von Hilger bereits 1995 vorgelegte Arbeit ist nach wie vor ausgezeichnet geeignet, neue methodische und politische Erklärungsansätze für den Umbruch in der DDR und die Rolle der oppositionellen Gruppen in diesem Prozeß zu diskutieren. Zum Teil ergeben sich diese neuen Zugänge aus den Defiziten seines Buches. Weiterführende Fragen, wie die des Beitrags der jüngeren Geschichte der DDR-Opposition zum Ansatz der "neuen sozialen Bewegungen", werden von ihm zu Recht sehr vorsichtig problematisiert. Jedoch dürften diese Fragen einen über zeitgeschichtliche Diskurse hinausgehenden aktuellen Bezug behalten.

Berlin

Thomas Klein